



Niederschrift

40. Sitzung Hauptausschuss
7. Mai 2019, 16:30 Uhr
öffentlich
Großer Sitzungssaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

4.

Punkt 4 der Tagesordnung: Antrag des Bürgervereins Knielingen e. V. für ein Bürgerzentrum im evangelischen Gemeindezentrum Struvestraße Vorlage: 2019/0146

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt das Konzept für ein Bürgerzentrum in Knielingen zur Kenntnis und beschließt, dem Bürgerverein Knielingen ab dem 1. Juni 2019 einen Zuschuss in Höhe von 1.454,00 Euro monatlich (17.448,00 Euro pro Jahr) entsprechend den Richtlinien zur Förderung von Bürgerzentren zu gewähren.

Die Evangelische Kirche in Karlsruhe ist derzeit noch mehrwertsteuerbefreit. Aufgrund der eintretenden Steuerpflicht ab 1. Januar 2021 wird sich jedoch der monatliche Mietbetrag für den Bürgerverein Knielingen um die Mehrwertsteuer von derzeit 19 % bzw. 276,26 Euro auf 1.730,26 Euro erhöhen (20.763,12 Euro p.a.). Die Verwaltung wird mit diesem Beschluss ermächtigt, den Zuschussbetrag ab 1. Januar 2021 entsprechend um die Mehrwertsteuer zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 4 zur Behandlung auf.

Stadträtin Mayer (GRÜNE) merkt an, es gehe um die Einrichtung eines Bürgerzentrums in einer Kirche. Dies sei ein Ort, der nicht alle Bevölkerungsschichten anspreche. Daher sei es sinnvoll, bei solchen Orten regelmäßig zu evaluieren, wie es angenommen werde und welche Teile der Bevölkerung sich in solchen Orten wiederfänden.

Der Vorsitzende geht davon aus, dass deutlich gemacht werde, dass es zwar im Gemeindezentrum der Evangelischen Kirche eingerichtet sei, dass aber der Bürgerverein Knielingen dieses betreibe. Von daher sei die Hemmschwelle aus seiner Sicht nicht gegeben. Im Rahmen einer Evaluation werde man sehen, ob es funktioniere.

Stadtrat Zeh (SPD) widerspricht Frau Stadträtin Mayer. Es sei positiv, dass ein Gebäude mehrfach genutzt werde. Dies sei ein Konzept, welches man in Karlsruhe gut vertreten könne im Sinne von Nachhaltigkeit.

Der Vorsitzende ergänzt, er sehe darin auch einen Versuch, wie man mit anderen Gemeindezentren umgehe. Die Kirchen wollten sich teilweise aus ihren Immobilien zurückziehen. Über eine solche Gemeinschaftsnutzung gebe es die Möglichkeit der Beteiligung anderer an den hohen Fixkosten, die es dort mitunter gebe. Man könne auch die Mittelpunktfunktion, die viele Gemeindezentren in Quartieren hätten, für andere Angebote nutzen. Er sehe darin einen positiven Effekt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Vorlage abstimmen und stellt einstimmige Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
23. Mai 2019